

Erscheint zweimal monatlich! Abonnement für 10 Nummern S 1.— (inkl. Postzustellung) Österr. Postsparkassen-Konto Nr. 119.471

Arbeiter-Stimme

Redakt.: Wien, XVIII., Vinzenzgasse 24, Tel. 20-2-69. — Administration: Wien, XVII., Sautergasse Nr. 26/10, Telephon Nr. 86-8-23

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Österreichs (Opposition)

1. Jahrgang

Wien, Ende November 1927

Nr. 18

Nieder mit der Koalition! Vom Austro-Marxismus zum offenen Reformismus.

Koalition - das ist Kapitulation vor der Bourgeoisie!

In der Sozialdemokratie hat der offene Reformismus, hat das bürgerliche Element den Sieg errungen. Der 15. Juli hat den Kleinbürgern der Sozialdemokratie in schärfster Form gezeigt, daß der Kampfwillen der Arbeitermassen wächst, daß die österreichische Arbeiterklasse beginnt, gegen die Stabilisierungspolitik der Bourgeoisie, gegen ihre politischen und ökonomischen reaktionären Vorstöße

sich zu erheben.

Angesichts der sich verschärfenden Klassenkämpfe muß das wortradikale Kleinbürgertum — die sozialdemokratische Führung — seine Taktik von Grund aus ändern.

Die Bourgeoisie, mit Führung des Finanzkapitals ist entschlossen

mit allen Mitteln

letzten Endes, wenn es nicht anders geht, mit dem Mittel des

fascistischen Staatsstreiches

die politische Stabilisierung, die sich von 1922—27 in der Form der Aufrichtung eines reaktionären Staats- und Gewaltapparates vollzog, zu ergänzen durch

die ökonomische Stabilisierung

das ist die Erhöhung des Profites auf Kosten der Arbeiterklasse, ihrer Löhne, Arbeitszeit, ihrer sozialpolitischen Rechte.

Das ist der Wille der Bourgeoisie

das empfindet dumpf die Arbeiterklasse, dagegen gärt es in den Tiefen des Proletariats, davon zeugt die

Stichflamme des 15. Juli.

Angstbebend sieht sich die sozialdemokratische Führung zwischen den zwei Klassen-Willen dem Willen der Bourgeoisie zur Niederwerfung der Arbeiterklasse

und dem Willen des Proletariats zur Gegenwehr.

Angesichts dieser Lage hat sich die SP-Führung zur offenen Kapitulation entschlossen

Bleibt sie länger in Opposition, dann befürchtet sie, daß die Massen, die in der Regierung Seipel

das brutale Klassenantlitz der Bourgeoisie

erblicken, nicht kampflös den Angriff der Bourgeoisie hinnehmen werden.

Darum, und nur darum, wirbt die sozialdemokratische Führung um

eine Koalitionsregierung

um das brutale Klassenantlitz der Bourgeoisie zu maskieren durch sozialdemokratische Ministerreden.

Ermöglicht wird den Reformisten diese Kapitulationspolitik dadurch, daß sie sich von links her, vom revolutionären Flügel, nicht bedroht glauben, da sie ja wissen, wie schmähdlich der sogenannte »Kommunismus« der »Roten Fahne« versagt, passiv bleibt und als echter Anarcho-Kommunismus sich bestenfalls mit dem Maul erpieft.

Glaubt ihr, Genossen in der Sozialdemokratie, daß das Finanzkapital um der schönen Augen des Dr. Karl Renner, des Ministers in Zukunft, willen verzichten wird, auf ihre ökonomische Stabilisierung, das ist, Beseitigung des 8-Stundentages, des Mieterschutzes, der Gewerkschaften, des Streikrechts, der Arbeitslosenunterstützung usw.?

Nein, Genossen, das wird sie nicht, aber die Koalition soll

euren Widerstand brechen

von Euch im »Namen der Republik« das verlangen, was das Finanzkapital braucht, soll Euch zur

kampflosen Preisgabe eurer Rechte

veranlassen.

Will die Bourgeoisie, das Finanzkapital die Koalition? Mit der größten Freude. Nur hat sie ein Bedenken: daß die Sozialdemokratie das nicht halten kann, was sie verspricht, nämlich

die Massen zu zähmen

daß die spontane Gegenwehr der Arbeiterschaft die Koalition eigentlich nichtig machen wird.

Laßt euch nicht täuschen

wenn Seipel im Namen des Klerikalismus noch Extra-Zugeständnisse für die Kirche, z. B. Preisgabe der Freidenker, verlangt.

Laßt euch nicht täuschen

wenn das englische Kapital in Oesterreich, die Kreditanstalt und ihr Organ »Die Neue Freie Presse« aus außenpolitischen Interessen

gegen die Koalition ist

weil der Faschismus in Oesterreich, angegliedert an Italien, dem englischen Imperialismus erwünscht ist.

Die Bourgeoisie braucht als Gesamtheit die

Koalition,

sie kämpft heute nur noch um die vollständige Kapitulation der Sozialdemokratie.

Schafft aber die Koalition den Fascismus aus der Welt?

Keine Spur! Trotz Koalition wird die Bourgeoisie weitertrüben, weiter

Heimwehren, Frontkämpfer, Hakenkreuzler bewaffnen

um einerseits die lokalen, spontanen Widerstände der Arbeiter zu brechen und letzten Endes, wenn die Arbeiter genug gedemütigt, verzweifelt und demoralisiert sind, dann — den

Fußtritt für die Sozialdemokratie

offenes Faschisten-Regime, wenn die internationale Lage dafür günstig ist.

Genossen, Koalition das ist Kapitulation

dagegen gilt es den schärfsten Kampf zu führen.

Nieder mit der Koalition!

Kampf gegen die wirtschaftlichen Angriffe der Bourgeoisie! Kampf gegen den Fascismus! Kampf gegen das Seipel-System!

Bauer und Renner oder — die 51 %.

Bauer rühmt als Hauptleistung der Sozialdemokratie, daß es ihr gelungen sei, die Arbeiterschaft zu überzeugen, daß sie noch in dieser Generation mit der Demokratie die Staatsmacht erobern könne.

In der Hitze des Gefechtes um die Koalition, die Renner demnächst, Bauer etwas später will hat Renner offen gesagt: auch bis wir 51 Proz. sind, werden wir Koalition machen müssen.

Besteht ein Unterschied zwischen Renner und Bauer? Nur ein einziger: Bauer möchte Renners Politik so machen, daß die SP keine Arbeiter verliert. Renner weiß, daß das nicht möglich ist und — nimmt das in Kauf.

Ueberhaupt drehte sich der ganze SP-Parteitag um ein Problem: wie kommen wir zur Koalition — ohne die Arbeiter zu verlieren?

Bauer ist sich klar, daß die SP ein Bündnis ist des radikalen Kleinbürgertums und des Proletariats, aber während er behauptet, das Proletariat habe in diesem Bündnis die Hegemonie (Führung), zeigt die Praxis das Gegenteil.

Wer eine Politik der Koalition macht oder unterstützt, der soll von Hegemonie des Proletariats schweigen.

Wer ehrlich und ernstlich die Hegemonie des Proletariats zum Leitgedanken seiner Politik macht, muß unerbittlich und zwar grundsätzlich gegen jede Koalitions politik sein.

Der Parteitag der SP ist zu Ende. Er hat — mit Recht — den offenen Reformisten einen Sieg gebracht. Der Austromarxismus, jene rot-schillernde, pathetisch-revolutionäre Abart des Reformismus hat am Parteitag nur mehr die Bestätigung für die Niederlage bekommen, die er real am 15. Juli erlitten hat. Vom Standpunkt der Sozialdemokratie, die praktisch nichts anderes sein will als die republikanische, demokratische Volkspartei, hat Dr. Renner durchaus Recht. Renner lehnt die »revolutionäre« Geste offen und entschieden ab. Er befürchtet stets, daß die Massen diese Geste Ernst nehmen und entsprechende Taten verlangen werden. Und daß revolutionäre Taten seitens der SP unmöglich sind, darüber bestand zwischen Renner und Bauer niemals die geringste Differenz. Das Erziehungsideal Renners ist: eine staatsbehaltende, emsige, patriotisch-republikanische Arbeiterschaft, die für die »Republik« das leisten, was für das Kapital notwendig ist. Das Erziehungsideal Bauers ist: daß die Arbeiterschaft nicht nur all dies tue, sondern es in dem Bewußtsein tue, daß das revolutionär und sozialistisch sei, daß das die höchste Form des Klassenkampfes darstelle.

Die Realpolitik des Austromarxismus hat zur Wiederaufrichtung des kapitalistischen Staates, sie hat schließlich zu einer legalen Machtübernahme durch die offene Reaktion geführt. Die Phraseologie, die Politik der »revolutionären« Geste hat dazu geführt, daß diese Um-schichtung der Machtverhältnisse der Arbeiterklasse nicht restlos zum Bewußtsein kam. Die Arbeiterklasse glaubte noch an ihre Macht in der »Demokratie«, als diese »Demokratie« bereits die Ohnmacht der sozialdemokratisch geführten Arbeiterklasse restlos erfaßt hatte. Der Arbeiterklasse ihre Ohnmacht bewußt zu machen und so ihren selbsttätigen Widerstand zu brechen, das war der soziale Inhalt des 15. Juli.

II.

Der offene Reformismus, vertreten durch Renner, konnte daher mit Recht am Parteitag sagen: Wir dürfen die Arbeiterklasse mit Worten nicht über unseren »Kampfwillen« täuschen, denn sonst — und das hütete sich Renner auszusprechen — wird sie kämpfen wollen, während wir, die Parteiführung nicht kämpfen will. Und es war nur logisch, daß sich der Parteitag für die Koalition prinzipiell aussprach, denn wer die Bourgeoisie nicht bekämpfen will, der darf in Zeiten sich zuspitzender Klassengegensätze nicht einmal gegen die Bourgeoisie reden. So ist der »Kampf um die Koalition« ein Ausdruck der sich verschärfenden Klassenkämpfe in Oesterreich, der sich entwickelnden Belebung des Kampfwillens der Arbeiterklasse, der durch den 15. Juli alles eher denn gebrochen wurde. Der »Bittgang« in die Koalition — es ist der verzweifelte Versuch des Reformismus die Massen zu demoralisieren, ihrem Kampf die Spitze abzubringen, um jeden Preis zu verhindern, daß die Arbeiter den Kampf gegen die Seipelregierung aufnehmen und ihn fortführen bis zum Sturz des kapitalistischen Systems.

III.

Die mächtige revolutionäre Welle die von Rußland ausging, der Zusammenbruch der Monarchie, die tiefe Erschütterung des Kapitalismus und vor allem das Erstarken des proletarischen Klassenbewußtseins unter dem Einfluß des Kommunismus — alle diese Erscheinungen haben dazu geführt, daß in der Epoche der ansteigenden proletarischen Revolution in Europa der Austromarxismus die Führung in der Sozialdemokratie im internationalen Maßstab erringen konnte. Seit 1923, seit der Krise der deutschen Revolution, haben sich die Verhältnisse in Mitteleuropa geändert. Eine gewisse, in Deutschland eine Zeitlang stark ausgeprägte Stabilisierung des Kapitalismus ist die ökonomische Folge des politischen Versagens der ersten Welle der proletarischen Revolution.

Trotz der scharfen Wirtschaftskrise ist auch in Oesterreich eine gewisse Stabilisierung des Kapitalismus vorhanden. Ihr überaus schwankender, unsicherer Charakter ist da-

rauf zurückzuführen, daß die ökonomische Schwäche des österreichischen Kapitalismus eine Stabilisierung nur gestattet durch sehr weitgehende Ausbeutungsmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft. Das erklärt uns die besondere Gehässigkeit, die außerordentliche Leidenschaft der österreichischen Bourgeoisie, wie eine Sprache spricht, wie man sie nur von den bürgerlichen Siegern in proletarischen Revolutionen gewöhnt ist. Den Jargon des weißen Terrors könnte man sie nennen.

Mit eiserner Entschlossenheit greift die Bourgeoisie an. Es ist der Existenzkampf des schwachen österreichischen Kapitalismus, es ist der brutale Versuch, die bedrohte Stabilisierung zu befestigen und diese Befestigung kann nur auf Kosten der Arbeiterklasse, ihrer Arbeitszeit, Löhne und sozialpolitischen Rechte erfolgen.

So mußte der offene Reformismus in der österreichischen Sozialdemokratie im gegenwärtigen Zeitpunkt siegen. Denn nur durch die Koalition kann der Reformismus den gefährlichen Widerstand der Arbeiterklasse gegen die verschärfte Ausbeutung zermürben. »Bringt Opfer für Euren Staat«, das ist die Parole der künftigen SP-Minister.

IV.

Der Austromarxismus ist nicht endgültig tot. Er ist nur im gegenwärtigen Zeitpunkt ungeeignet für die Sozialdemokratie. Er wird wieder, zur Notwendigkeit für sie werden, wenn der Pulsschlag der proletarischen Revolution in Europa schneller geht, wenn das schwankende Gebäude »der europäischen Stabilisierung durch die Auflehnung der Arbeiterklasse zusammenbricht. Dann wird der Austro-Marxismus wieder aufleben und wird sein altes, für die Arbeiterklasse so verhängnisvolles Spiel beginnen — wenn nicht in der Zwischenzeit der revolutionäre Marxismus, der Leninismus, Wurzeln in der Arbeiterklasse Oesterreichs geschlagen hat.

Frohlocken wir nicht zu früh über den Bankrott des Austromarxismus. Er ist weder endgültig tot, noch ist der Kampf gegen den offenen Reformismus eine »Spielerei«. Die Voraussetzung des Triumphs der Idee der Revolution, des Kommunismus, über den Reformismus sind nicht die Vorgänge in der Sozialdemokratie. Diese Voraussetzungen liegen im österreichischen, im internationalen Kommunismus selbst. Heute werden unter Stalins glorreicher Führung alle theoretischen und praktischen Lehren des Marxismus-Leninismus über Bord geworfen, »verbessert« und »revidiert«. Liquidatorium und Pessimismus sind gegenwärtig die Vorsitzenden der Kommunistischen Internationale, während man die Führer der Revolution Trotzky und Sinowjew verfolgt und bedroht.

In Oesterreich ist der Kommunismus, soweit er von den »Offiziellen« in der »Roten Fahne« und Alserstraße vertrieben wird, zur Karrikatur entartet.

Die kommunistische Bewegung international in ihrer revolutionären Leninschen Größe wiederaufzurichten, die kommunistische Bewegung in Oesterreich erst zu schaffen, das sind die Voraussetzungen des Triumphes über den Reformismus. Ohne diese Voraussetzungen geht die Arbeiterklasse in der nächsten Zeit schweren Gefahren entgegen. Die Wahlen des Jahres 1928 in Deutschland, England, und Frankreich werden wahrscheinlich eine neue »Aera des Pazifismus«, Wahlsiege der Sozialdemokratie, bringen. Die Politik Stalins, wie wir sie z.

B. in England erlebt haben, wird die Illusionen der Massen verstärken. Anstatt die dumpe Auflehnung der Massen gegen die Stabilisierung, die aus den Wahlergebnissen des letzten Halbjahres ebenso sehr, wie aus den Wiener Juliereignissen und den deutschen Lohnkämpfen spricht, in bewußtem revolutionären Kampf gegen die Stabilisierung überzuführen, unterstützt der Stalinismus, indem er mit seiner Theorie vom Sozialismus in einem Land praktisch auf die Weltrevolution verzichtet, die Massenillusionen und stärkt dadurch die Stabilisierung.

Sozialdemokratie — Polizei — Staatsmacht.

»In der überlieferten Staatsauffassung haben wir in den Jahren 1918 und 1919, wo wir an der Macht waren, gesagt: Die Polizei ist ein Herrschaftsinstrument des Kapitalismus, das rühren wir nicht an. Die Polizei hat es hauptsächlich mit proletarischen Gesetzesübertretern zu tun, also überlassen wir die Polizeiregierung dem Schober und übertragen wir die Gemeindepolizei dem Bund, damit die Genossen in der Gemeinde und insbesondere in der Gemeinde Wien keine Verlegenheiten haben.« So Renner auf dem SP-Parteitag.

Um keine Verlegenheiten zu haben, haben sie den Machtapparat der Bourgeoisie nicht angetastet! So schauen die großen Führer von 1918—19 aus. Uebrigens haben sie noch im Jänner 1927, um »keine Verlegenheiten« zu haben, die Gemeindepolizei in Linz dem Bürgerblock ausgeliefert. Diese Politik, eben die sozialdemokratische Politik hat zum 15. Juli geführt.

»Heute (nach dem 15. Juli) wissen wir, daß es besser ist, wenn ein Sozialdemokrat an der Spitze der Polizei steht, wenn die sozialdemokratische Gemeinde die Polizei verwaltet, als wenn man sie den Gegnern ausliefert«, sagte dann weiter Renner und der ganze Parteitag klatschte Beifall.

Paar Tage darauf teilte Ellenbohen in der Budgetdebatte die Nachricht mit, Schober habe die Polizei bereits zurückziehen wollen, aber seine Offiziere hätten einfach gemeutert.

Die sozialdemokratische Einheit und — ein Märchen.

Auf dem SP-Parteitag wurde das Lied der sozialdemokratischen Einheit diesmal besonders eindringlich gesungen. Begreiflich: wenn man die Koalition vorbereitet, muß man die sozialdemokratische Einheitsmusik verstärken, um die Arbeiter trotz der krassen Tatsachen hinter der Kleinbourgeoisie zu halten. »Hundertmal lieber den falschen Weg einig gehen — denn Fehler kann man immer wieder korrigieren — als um des rechten Weges willen uns spalten.« So Bauer.

Aber ist es wahr, daß man Fehler immer wieder korrigieren kann auf dem Boden sozialdemokratischer Politik?!

Zum Beispiel: 1918—19 hat die SP den kapitalistischen Staatsapparat belassen. Diesem »Fehler« letzten Endes danken wir den 15. Juli. Kann dieser »Fehler« korrigiert werden? Ganz gewiß. Aber wodurch: nur durch Revolution, das heißt, nur durch

Die Gefahr droht, daß die Arbeitermassen, umnebelt von den pazifistischen Illusionen unvorbereitet dem nächsten imperialistischen Krieg entgegenguteln. Die Schar der revolutionären Kommunisten in Oesterreich ist klein. In ihrem schwerem Kampf wird es eine kleine Erleichterung bedeuten, daß das schillernde Rot des Austro-Marxismus zu verblasen beginnt und sich deutlich und scharf die Umrisse der Koalition mit den Henkern des 15. Juli zu zeichnen beginnen.

Wenn sie gegen Schober gemeutert haben, gegen einen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten hätten sie erst recht gemeutert.

Die bloße Besetzung der Spitze der Polizei hilft gar nichts, im Gegenteil sie muß schließlich zur Kompromittierung führen, weil der vollen Verantwortung keine reale Macht gegenüber steht.

Die allerentscheidendste Erfahrung, die das Proletariat schon 1871 in der Pariser Kommune gemacht hat, ist diese:

Das Proletariat kann die Staatsmacht nicht erobern, indem es die Spitzen des überkommenen Staatsapparats besetzt, denn dieser Staatsapparat ist in allen seinen Teilen, restlos aber in seinem Kommandobestand klassenmäßig nach kapitalistischem Interesse zusammengesetzt. Die Arbeiterklasse muß daher den überkommenen Staatsapparat vollkommen zertrümmern und einen neuen, klassenmäßig nach proletarischem Interesse zusammengesetzten Staatsapparat aufrichten.

Die Sozialdemokratie freilich kann sich mit der Spitzenbesetzung begnügen. Denn als Partei der radikalen Kleinbourgeoisie steht sie in ihrer Politik auf dem Boden des Kapitalismus, kann daher mit dem kapitalistischen Staatsapparat auskommen.

Die Sozialdemokratie kann das.

Das Proletariat kann das nicht.

Das begreifen heute in Oesterreich, trotz der blauen Lehren, noch immer erst sehr wenige Arbeiter.

bewaffneten Aufstand. Er kann also nicht korrigiert werden auf dem Boden sozialdemokratischer Politik, also auch nicht auf dem Boden der kleinbürgerlichen (sozialdemokratischen) Einheit, sondern nur auf dem Boden der proletarischen (revolutionären) Einheit.

»Das Oberste ist die Einheit, die Koalition ist nur eine Frage der Taktik«, ruft Bauer. Das ist wahr — für die Kleinbourgeoisie. Für das Proletariat aber ist das Gegenteil wahr. Koalition heißt Bündnis mit der Kapitalistenklasse, das oberste Prinzip für die proletarische Politik ist der Kampf gegen die Kapitalistenklasse. Nur auf dem Boden dieses Grundprinzips, eben des Kampfes, ist die Einheit das stärkste Element der proletarischen Kampfkraft.

Im Munde der Sozialdemokratie ist die Losung der (sozialdemokratischen) Einheit das Mittel, die Arbeiterschaft im Schlepptau des radikalen Kleinbürgertums zu halten.

Was bei der sozialdemokratischen Einheit herauskommt, zeigt folgendes Märchen.

Fortsetzung auf Seite 4.

Wesen und Geschichte des Anarcho-Kommunismus in Österreich.

Von Kurt Landau.

(Schluß.)

Der Anarcho-Kommunismus, die linke Maske des Stalinschen Rechtskurses.

Wir haben in der Nr. 16 der »Arbeiterstimme« die Wechselbeziehungen zwischen dem rechten, opportunistischen Kurs der Stalin-Bucharin-Führung und dem linken Geschrei der österreichischen Anarcho-Kommunisten bloßgelegt. Es besteht kein Zweifel, daß das »linke Geschrei« in Oesterreich den Stalin-Bucharin hochwillkommen ist. Wächst doch in allen Parteien der Komintern, vor allem in Rußland selbst, die bolschewistische Opposition gegen die Niederlagenpolitik Stalins, die in China und England die kommunistische Bewegung, die Weltrevolution und schließlich Sowjetrußland schwer geschädigt hat. — »Ihr seid jämmerliche Opportunisten«, sagen mit Recht alle wirklichen Kommunisten. Das Mittel der Ausschlüsse, der Verschickung, jene spalterischen, verderblichen Mittel, die die Niederlagenstrategen Stalin und Bucharin in Rußland und in der Komintern anwenden, können weder überzeugen, noch die Opposition erdrosseln. Die Erfahrung hat alle jene, die noch vor einem halben Jahr den Worten Trotzky und Sinowjews keinen Glauben schenkten, belehrt. Niemals in der Geschichte hat sich die marxistische Voraussage des Bankrotts eines Systems so schnell und so gründlich erfüllt wie die der russischen Opposition, daß das System Stalin zur Niederlage in China und England führen wird. Mit allen Mitteln versucht Stalin seinen Kurs zu rechtfertigen, mit dem Ziel, ihn fortzusetzen. Alle seine Abweichungen in den Grundfragen des Leninismus (diese Abweichungen hängen innerlich innig zusammen, sie bilden ein ganzes System, das dem Leninismus feindliche opportunistische System des Stalinismus) verbindet

er mit hysterischen Angriffen gegen jede bolschewistische Kritik, die als »menschewistisch« und »defaitistisch« erklärt wird. Je stärker der Rechtskurs Stalins sich ausprägt, umso größer wird sein Bedürfnis ihn »linksradikal« zu bemänteln. Das Frohlocken der europäischen Sozialdemokratie, die ihn als »Realpolitiker« feiert, ist ihm keineswegs angenehm. Wo wäre daher die Feststellung, daß der Stalinismus den Übergang zum Austro-Marxismus darstellt am gefährlichsten für Stalin? In Oesterreich. Je mehr sich Stalin praktisch dem Austro-Marxismus annähert, umso stärker muß er diese Annäherung durch einen scheinbar unüberwindlichen Gegensatz verdecken. Und dazu eignet sich die einflußlose, bankrotte anarcho-kommunistische Partei am besten. Sie möge nur nach der »Diktatur« schreien, sie möge nur Sowjets mit dem Mund proklamieren, möge sie nur so laut und nachhaltig schreien, daß sich die Austro-Marxisten über den »ultralinken« Stalin, über »Moskauer Putschismus« beschweren! Gibt es denn für den opportunistischen Stalin-Kurs eine bessere linke Maskierung, als wenn Otto Bauer sich über den »Radikalismus« der österreichischen Kommunisten beklagt?!

»Radikalismus« aber hat mit dem Marxismus-Leninismus im allgemeinen wenig zu tun. Die Theorie und Praxis der proletarischen Revolution, die Kunst des erfolgreichen bewaffneten Aufstandes steht jenseits von »links und rechts«, sie ist Wissenschaft. Das Wesen der bolschewistischen Politik liegt nicht im »prinzipiellen Radikalismus« sondern in der wissenschaftlich-nüchternen Einschätzung der Lage, in der konsequenten Anwendung der Methoden des Klassenkampfes, heute die revolutionäre Agitation von der parlamentarischen Tribüne herab, morgen unter den entsprechenden objektiven Voraussetzungen — die Anwendung des bewaffneten Aufstandes.

Wir leugnen nicht, daß die Bezeichnung »Radikalismus« auf den Anarcho-Kommunismus eigentlich unrichtig ist. Denn dieser sogenannte »Radikalismus« besteht ja ausschließlich in Worten. In seinen Taten

beweist der Anarcho-Kommunismus in Oesterreich stets von neuem seinen echt menschewistischen Unglauben an die Massen, seine Passivität und angesichts revolutionärer Massenbewegungen, wie z. B. am 15. Juli, Ohnmacht, Mangel an Kühnheit und restlose Unfähigkeit »jenes Glied der Kette zu erfassen, das die ganze Kette nach sich zieht.«

Vom Kommunismus Stalinschen Prägung, wie wir ihn in Deutschland, Frankreich, England, Tschechoslowakei usw. sehen, vom offenen Opportunismus unterscheidet sich die österreichische Abart genau so, wie der Austro-Marxismus vom Reformismus in der 2. Internationale. Beiden ist die »revolutionäre Geste« gemeinsam.

Die »revolutionäre Geste« des Austro-Marxismus ist das notwendige Feigenblatt der internationalen Sozialdemokratie. Die revolutionäre Phrase des Anarcho-Kommunismus in Oesterreich ist die Maske des Stalinschen Liquidatorientums.

Dadurch wird der Anarcho-Kommunismus in Oesterreich zu einem internationalen Problem. So werden wir, die bisher die Fahne des Leninismus in Oesterreich hochhielten, ob wir wollen oder nicht, gezwungen, in der Arena des internationalen Klassenkampfes aufzutreten gegen den Opportunismus, gegen ein System der praktischen Rechtspolitik, maskiert mit linken Phrasen, gegen das System des Stalinismus.

Wir können in Oesterreich nur siegen, wenn es international gelingt, das System Stalin zu zerschlagen, jenes System, das zwangsläufig aus seinen Machtbehauptungsinteressen heraus, in Oesterreich den Anarcho-Kommunismus produziert, wir können nur siegen als revolutionäre Kommunisten, Seite an Seite mit jenen, die in allen Ländern, vor allem in Rußland, den Kampf aufgenommen haben für die Einheit des Kommunismus auf Leninscher Grundlage.

Wie Stalin die Komintern zertrümmert.

Erklärung des Gen. Wujowitsch anlässlich seines Ausschlusses aus dem Ekki u. der WKP (komm. Partei Rußlands.)

Genossen, vor ganz kurzer Zeit, im März, wurde mir vorgeschlagen, nach Schanghai zur Arbeit zu fahren.

Ohne auch nur einen Augenblick zu zaudern, erklärte ich mein Einverständnis. Warum? Weil der Vorschlag tatsächlich aus sachlichen Erwägungen sich ergab, weil man mir eine revolutionäre Arbeit vorschlug, welche dem Charakter meiner Tätigkeit während der letzten 10 Jahre entsprach und bei welcher man ohne Zweifel mich hätte ausnutzen können. Es ist nicht meine Schuld, daß ich nicht nach Schanghai gefahren bin. Die Frage meiner Reise wurde von der Tagesordnung abgesetzt auf die Initiative einer anderen Seite hin und auf Grund von Erwägungen, die Euch vermutlich besser bekannt sind als mir. Auf jeden Fall hatten diese keinen sachlichen Charakter.

Aber ich lehnte es ab, nach Woronesch zu fahren. Nicht nur deshalb, weil dieser Vorschlag einen ganz anderen Charakter trägt, weil er durch keinerlei sachliche Erwägungen hervorgerufen ist, weil das offensichtlich eine politische Verbannung ist, weil formal, als Mitglied des EKKI, ich in Moskau bleiben muß und teilnehmen muß an der Arbeit des Exekutivkomitees, sondern auch aus folgenden politischen Gründen:

Bei der in Komintern und in der WKP. (B.) geschaffenen Lage ist es meine Pflicht, als eines Mitglieds des EKKI, mehr als je zuvor im EKKI, zu bleiben, um die gefährliche Spaltungspolitik der Genossen Stalin und Bucharin zu entlarven und um gegen sie zu kämpfen.

Nach dem 14. Parteitag haben die Genossen Stalin und Bucharin die Komintern systematisch in die Hände der Rechten gespielt. Unsere ausländischen Parteien sind aufgewachsen im Kampfe nicht nur gegen die Sozialdemokraten, sondern auch gegen die Opportunisten in ihren eigenen Reihen. Von den 21 Bedingungen an waren alle wichtigsten, Beschlüsse der Komintern gegen die eigenen Opportunisten gerichtet, die in die Komintern gekommen sind, um sich nicht von den Massen loszulösen. Alle wissen, daß die kommunistische Partei in Deutschland im Kampfe gegen Brandler und Meyer gewachsen ist, in der Tschechoslowakei gegen Schmal und Kreibisch, in Frankreich gegen Cachin und Sellier, in Polen gegen Warski und die Kostrzewa usw., um nicht alle die aufzuzählen, die in allen Parteien ausgeschlossen wurden, oder aus der Komintern fortgingen. Jetzt befinden sich diese Parteien, dank dem Druck der Stalin-

linischen Mehrheit, wieder unter der Führung derselben Opportunisten, welche noch auf dem 5. Kongreß der Komintern eine heftige Zurückweisung durch die gesamte Internationale erfahren haben. Aber die Beschlüsse des 5. Kongresses sind schon längst von der jetzigen Führung der WKP. (B.) und der Komintern vergessen worden. Ein neuer Kongreß aber würde die ganze Zeit über verschoben mit dem Zweck Zeit zu gewinnen und die Beschlüsse des 5. Kongresses ganz zu begraben.

Aber die Zeit arbeitet gegen Euch. Daher habt Ihr zur Politik der Spaltung der Komintern gegriiffen. Die Komintern hat bis zum 5. Kongreß viele Einzelausschlüsse gekannt, aber sie alle gingen gegen rechte Elemente: Frossard (Frankreich), Levi (Deutschland), Höglund (Schweden), Tranmael (Norwegen) usw. usw. Die Komintern war immer sehr vorsichtig im Kampf gegen die Ultralinke, führte die Politik der sorgfältigen Erörterung und lehnte energisch die Linie des Ausschlusses ultralinker Arbeiterelemente ab. Diese Leninsche Linie wurde von Stalin und Bucharin aus rein fraktionellen Gründen geändert, lediglich deshalb, weil die gesamte internationale Linke die russische Opposition unterstützt.

In Deutschland habt Ihr Hunderte, wenn nicht Tausende revolutionärer kommunistischer Arbeiter ausgeschlossen und steuert systematisch auf die Spaltung der Partei hin, an deren Spitze Ihr heute den rechten Meyer gebracht habt. Ihr lehnt energisch jeden Versuch der Urbahn-Gruppe ab, in die Partei zurückzukehren. Auf jeden ihrer Vorschläge antwortet Eure Meyers mit immer neuen Ausschlüssen von Arbeitern aus der Partei, welche die Wiederherstellung der Parteeinheit fordern.

Ihr behauptet, daß sie von niemandem unterstützt werden. Hier habt Ihr die Zeitung des Suhler Bezirks in Thüringen. »Der Volkswille«, vom 7. September. Suhl ist ein Arbeiterzentrum, eine Hochburg der Kommunisten, in deren Händen sich das Stadtparlament jahrelang befindet. Die Unterbezirksleitung spricht sich mit 12 gegen 4 aus für die russische Opposition und für die Wiederaufnahme der Urbahn-Gruppe in die Partei. Bei der Abstimmung der Vertreter von 9 Betriebszellen und 13 Ortsgruppen wurde diese Resolution mit 47 gegen 5 angenommen. Die Unterbezirksleitung hat den Redakteur abgesetzt. Den die Thüringer Bezirksleitung, die sich in den Händen der Rechten befindet, hingeschickt hatte, und hat ihren eigenen Redakteur eingesetzt, der die Anschauungen der Mehrheit der Unterbezirksleitung zeigt.

Wie werdet Ihr darauf antworten? Mit neuen Ausschlüssen. Ihr werdet die ganze Organisation ausschließen. Das ist die Politik der Spaltung der Komintern. Und sie wird erhalten und erhält schon die verdiente Zurückweisung in der KPD. Alle revolutionären Arbeiter werdet Ihr sowieso nicht ausschließen können, weder in Deutschland, noch in den anderen Ländern.

In Frankreich habt Ihr durch Eure opportunistische Politik und die unerhörten Unterdrückungsmethoden das Mitglied des EKKI, den Genossen Treint und eine ganze Reihe anderer Genossen abgestoßen. Ihr habt die Erklärung Treints in der Sitzung des ZK der KPF vom 3. und 4. August verschwiegen, drückt sie weder hier noch im Auslande ab. Dafür aber habt Ihr die Direktive ausgegeben, Treint auszuschließen, vorläufig aus dem ZK. Wenn Ihr es noch nicht wißt, so kann ich es Euch mitteilen, daß das ZK der KPF diese Frage in der letzten Sitzung (vor 10 Tagen) 24 Stunden hindurch behandelt hat. Das ZK wich vor dem Ausschluß zurück und das Politbüro mußte seinen Antrag auf Ausschluß zurückziehen, um nicht damit durchzufallen. Ihr werdet immer weniger die Möglichkeit haben, Ausschlüsse vorzunehmen. Die Arbeiter werden es Euch nicht gestatten, auf unser Wachstum mit immer neuen Ausschlüssen und mit der Spaltung der Komintern zu antworten.

Gleichzeitig habt Ihr die französische Partei in die Hände der Selliers und Marions geliefert, ausgesprochenen Opportunisten.

In der Tschechoslowakei hat vor einigen Tagen eine Konferenz der deutschen Gebiete mit ungeheurer Stimmenmehrheit die Politik des ZK verurteilt, worauf der Vertreter des ZK, der Gen. Stern sich gefürchtet hat, seine Resolution gegen die russische Opposition auch nur vorzuzeigen. Das passierte, trotzdem der Gen. Neurath sich nach dem Ausdruck der tschechischen Arbeiter »im tschechischen Sibirien« befindet. Wie hat das ZK darauf reagiert? Es holte den Genossen Neurath, machte ihn als einzigen Urheber seiner Niederlage verantwortlich und verbot ihm, sich überhaupt im deutschen Gebiete zu zeigen, mit welchem er durch Jahre gemeinsamer revolutionärer Arbeit verbunden ist. Das ist eine Politik des Ausschlusses.

Und versteht Ihr wirklich nicht, daß diese Eure Apparatemethoden der Lösung der größten politischen Frage zu nichts Gutem führen kann? An Stelle der Verbesserung der falschen opportunistischen Politik neue organisatorische Konsequenzen. Ganz wie in Moskau.

In Polen habt Ihr die Partei in eine unerhörte Lage gebracht, die ihre Abspiegelung auch auf den Parteitag erhalten hat. Vier Monate hat der Parteitag gedauert. Vier Monate war die Partei ohne Führung und was hat dieser Parteitag zur Klärung der Lage in der Partei geleistet? Absolut nichts. Der Fraktionskampf geht weiter und spitzt sich zu und Ihr unterstützt Warski und Kostrzewa, trotzdem sie die Hauptzentren nicht hinter sich haben und faktisch zu der Partei in der Minderheit sind. Ihr steuert auf die Zersetzung der polnischen Partei und die unteren Parteimassen reagieren selbstverständlich darauf.

Wie antwortet Ihr auf die Unruhe der Partei in Polen? Dadurch, daß Ihr an der Spitze der Partei den Warski laßt, welcher eine Demonstration zu Ehren Pilsudskis organisiert hat, aber den Genossen Domska, einen Anhänger der russischen Opposition aus Moskau nach Saratow verschickt. Nennt mir auch nur einen Präzedenzfall in der Geschichte der Komintern, wo man Parteiführer für begangene Fehler nicht nur abgesetzt, sondern auch dorthin gejagt hätte, wo sie nicht einmal von fernher das Leben ihrer Partei beobachten können. Ihr wollt einen Mann, welcher 20 Jahre lang das Leben des polnischen revolutionären Proletariats lebt, jeder Möglichkeit berauben, das zu verfolgen, was in der polnischen Partei und überhaupt in Polen vor sich geht.

Was für sachliche Motive gibt es da? Ihr wollt durch administrative Maßnahmen die wackelige Lage Eures verbündeten Warski befestigen. Aber das ist doch ein verderblicher Weg und das wird Euch sowieso nicht retten, die kommunistischen Arbeiter in Polen werden, genau so, wie in allen anderen Ländern immer mehr mit der russischen Opposition sein, je mehr sie die wirkliche Sachlage und unsere wirklichen Anschauungen kennen gelernt haben werden.

Ihr habt ebenso die Erklärung des Genossen Nin, des Mitglieds des Exekutivbüros der Roten Gewerkschaftsinternationale und eines der Gründer der kommunistischen Partei Spaniens, darüber, daß er vollkommen die Anschauungen der Opposition teilt, versteckt.

In Bulgarien haben die Kommunisten bei den letzten Wahlen zehn Sozialdemokraten ins Parlament gebracht, indem sie sie an die Spitze der Liste des Arbeiter- und Bauernblocks gestellt haben. Zankowsche blutige sozialdemokratische Hunde werden von Kommunisten, die mit ihnen eine Einheitsfront bilden, ins Parlament gebracht. In Jugoslawien war der einzige Abgeordnete, der nach der Liste des Arbeiter- und Bauernblocks gewählt wurde, ein Sozialdemokrat.

Das ist Eure Politik, das ist nicht zufällig. Das ist die Politik Stalins im Durchschnitt der Komintern. Aber diese Politik hat nichts gemein mit dem Leninismus.

Und jetzt habt Ihr gerade einen solchen politischen Moment Euch ausgesucht, um mir vorzuschlagen, nach Woronesch zu fahren. Als Antwort auf die Verstärkung des linken Flügels in der Komintern — Verbannungen. Kein einziges Parteimitglied wird Euch glauben, daß sachliche Gründe es erfordern, daß ein Mitglied des EKKI, ein Ausländer, der weder die

Sprache, noch das Land genügend kennt, nach Woronesch zur Arbeit fährt, die viel besser von einem beliebigen russischen Genossen ausgeführt werden würde.

Der 5. Kongreß der Komintern hat mich nicht dazu in die Exekutive gewählt, damit ich in Woronesch sitze, verurteilt zu vollkommener politischer Untätigkeit, sondern damit ich für eine richtige revolutionäre Linie kämpfe. Meine Pflicht ist es, im EKKI zu bleiben, die Linie des 5. Kongresses zu verteidigen, meinen Kräften entsprechend die jetzige falsche Linie zu verbessern, gegen die Politik der Spaltung und für die Wiederherstellung der Einheit der Komintern zu kämpfen.

Die Lage in der WKP zwingt mich nicht weniger, abzulehnen, in die Provinz zu fahren. Wie reagiert Ihr hier auf unser unbestreitbares Wachstum? Hier beginnt Ihr eine echte Stalinsche Vorbereitung des 15. Parteitages, indem Ihr die GPU ins Spiel bringt. Ihr schickt die GPU, um bei Kommunisten, bei alten Parteigenossen, Haussuchungen zu machen. Ihr macht eine Diskussion unmöglich, Ihr bemüht Euch wieder einmal, uns zu verhindern, die Arbeitermitglieder der Partei mit unseren Anschauungen bekannt zu machen, welche in der **Leninistischen Plattform** der Opposition niedergelegt sind.

Ihr bringt die GPU ins Spiel zur Lösung einer innerparteilichen Frage und Ihr bemüht Euch, Euch die Mehrheit in der Partei mit Hilfe des Staatsapparates zu sichern. Ihr spaltet faktisch die Partei. Ihr laßt so das Statut der Partei und ihre Traditionen mit Füßen treten. Meine Pflicht, als eines Mitglieds des EKKI ist es, hier zu bleiben und im EKKI und in der gesamten Komintern gegen Eure Spaltungspolitik zu kämpfen.

So steht die Frage.

Ich habe an das Präsidium des EKKI appelliert und nicht meine Schuld ist es, daß die Beratung dieser Frage bis zur nächsten Sitzung verschoben worden ist. Ich schlage Euch vor, keinerlei endgültige Beschlüsse zu fassen, bis zur Beratung meiner Frage im Präsidium des EKKI.

Ihr habt drei Möglichkeiten: 1. mich im EKKI in Moskau zu lassen und mir die praktische Möglichkeit zu geben, meine Pflichten als EKKI-Mitglied zu erfüllen; 2. mir erlauben, ins Ausland zu fahren und in den Parteien zu arbeiten, in welchen ich vor meiner Wahl ins EKKI und vor meinem Übergang in die WKP (B) gearbeitet habe; 3. mich aus der Partei auszuschließen.

In Frankreich ist es Euch vorläufig nicht gelungen, Treint aus dem ZK auszuschließen. Hier habt Ihr offenbar beschlossen, die Partei zu spalten und daher werdet Ihr vielleicht nicht einmal vor meinem Ausschluß aus der Partei zurückschrecken. Wenn Ihr der Ansicht seid, daß man ein EKKI-Mitglied aus der Partei ausschließen darf, weil er sich nicht einverstanden erklären kann mit einem Beschluß, der ihm tatsächlich aller Rechte eines EKKI-Mitgliedes beraubt, so handelt dementsprechend. Ich werde gegen Euren Beschluß vor dem EKKI, vor den ganzen Komintern protestieren und werde meine Rechte eines EKKI-Mitgliedes bis zu Ende verteidigen. Ich bin überzeugt, daß die kommunistischen Arbeiter in der nächsten Zukunft Eurer Spaltungspolitik ein Ende setzen werden und alle Oppositionellen in die Partei zurückbringen werden. Zum Schluß erkläre ich, daß ich auch weiterhin mit allen Kräften gegen die opportunistische Politik der Stalinschen Mehrheit und für die Leninsche Linie in der WKP. (B.) und in der KI kämpfen werde.

Trotzky und Sinowjew aus der Partei ausgeschlossen. — Stalin gibt dem Druck der internationalen Bourgeoisie und der Kulaken nach und spaltet die bolschewistische Partei.

Seit Jahr und Tag fordert die internationale Konterrevolution den Kopf der Führer der Weltrevolution — den Kopf Trotzky's und Sinowjew's. »Den Trennungsstrich von den Extremisten« fordert Lloyd George, fordert Otto Bauer.

Stalin, dessen Politik in England und China zur Niederlage geführt hat, dessen Wirtschaftspolitik zu einem bedrohlichen Anwachsen des kapitalistischen Elements in Rußland selbst geführt hat, glaubt sich die Gunst und die Freundschaft der Bourgeoisie durch den Ausschluß der Leninisten erkaufen zu können. Es ist dasselbe verderbliche Spiel wie in China, wo Stalin die Arbeiter und Bauern, die kommunistische Partei selbst, den Tschangkaitscheks und Fengs opferte, um ihre Freundschaft zu erhalten. Diese Politik hat in China bereits zur Katastrophe geführt.

Wird Stalin auch die russische Revolution in den Abgrund führen? Es wird ihm nicht gelingen. Noch lebt die alte bolschewistische Garde, noch lebt die herrliche Arbeiterklasse Rußlands, das Proletariat Leningrads, die Kämpfer, die Sieger in drei Revolutionen. Noch lebt in allen Parteien der Komintern der Geist Lenins, — wohl nicht im Apparat, aber in den Tiefen der Arbeiterklasse.

Trotzky, Sinowjew sind ausgeschlossen! Die ungeheure Gefahr, die dieser Ausschluß signalisiert, wird die wirklichen Kommunisten in allen Ländern zum gemeinsamen Kampf für den Bolschewismus, gegen den Stalinismus vorwärts treiben!

Fortsetzung von Seite 2.

Rings um den Gaisberg weideten große Herden. Es waren brave, friedliche Lämmlein. Im Laufe langer Jahre hatten ihre Führer ihnen jeden Gedanken an Gewalt so ausgetrieben, daß sie zu den friedfertigsten Wesen auf der Erde wurden.

Es kam aber eine Zeit, da wurden die Wölfe ringsum, die bisher ein normales Wolfsleben geführt hatten, von einem furchtbaren (Profit) Hunger getrieben.

Der Lämmlein bemächtigte sich große Unruhe. In dieser schwierigen Lage ließen die Führer die Wölfe wissen, sie seien bereit, um den immer schärfer anziehenden (Bürger) Krieg zu verhindern und um »Recht und Frieden« herzustellen, eine Koalition (lies: Bündnis) mit den Wölfen zu schließen.

Die Wölfe gaben durch die Blume zu verstehen, es sei ihnen natürlich lieber, statt sich mit den wilden Ueberfällen zu plagen, wenn die Führer sich verpflichten ihnen täglich zum Frühstück so viel, zum Gabelfrühstück so viel, zum Mittagstisch so viel, zur Jause so viel und zum Nachtmahl so viel Lämmlein zu liefern.

Die Führer waren voll Sorgen, ob die Lämmlein dazu zu haben sein werden. Darum wurden sie nicht müde, ihnen das Lied von der Lammseinheit vorzusingen: Schart euch fest um uns zusammen, ihr braucht euch nicht zu ändern, ihr braucht keine Gewalt, bleibt einig, einig, einig hinter uns und ihr werdet euch retten.

Die Lämmlein folgten. Das Bündnis wurde geschlossen.

Allein den Lämmlein begannen die Augen aufzugehen über diese Art von »Bündnis«, über diese Art von »Einheit«.

Und siehe da: in dem Maße als den Lämmlein die Augen aufgingen, wick der (sozialdemokratische) Lammzauber und sie wurden — Kämpfer. Eiserner Kämpfer, die nicht ruhten, bis sie den Wölfen das Wolfshandwerk engtillig gelegt.

Die österreichische Arbeiterschaft muß sich nach links entwickeln, zur kommunistischen Partei. Nur ist, das kein automatischer Prozeß wie die anarcho-kommunistischen Kinder in der »Roten Fahne« annehmen. Das Tempo dieses Prozesses hängt wesentlich ab von der Frage, wie bald es gelingen wird die anarcho-kommunistische Ideologie zu überwinden und alle Kommunisten zu einigen auf dem Boden der marxistisch-leninistischen Politik.

Schönfärbereien.

Die Politik und Taktik der KPOe bis zum Juli war richtig und gut, sagt die Resolution der gegenwärtigen Kominternführung.

Nun, 6 Tage vor dem 15. Juli schrieb die »Prukopnik Svobody«, das offizielle tschechische Organ der KPOe über diese Frage und der »Prukopnik Svobody« kennt die Dinge aus allernächster Nähe:

»Was ist die Ursache, warum der österreichische Arbeiter revolutionär und aktiv, stets links orientiert, seit Jahren der revolutionären Front fern bleibt? Gewiß könnte man dafür objektive Ursachen anführen, die das aber nur wenig erklären können. Auf die Begründung, daß unsere SP eine »gehaute« Politik macht, ist absolut unzureichend. Im Gegenteil, sie dankt das nur unserer Unzulänglichkeit und Unfähigkeit.«

... Die österreichische SP hat gegen sich keine KP, der ... die Arbeiter angehören und ... wenigstens mit Sympathie

Ein Irrweg.

In der Alliertenstraße, gegenüber der Vermittlung der arbeitslosen Angestellten, rief vor einigen Tagen ein Plakat zu einer Versammlung auf. Zweck: Gründung eines Vereines. Ziel: Verjagung der Frau aus dem Büro.

Ich habe die Versammlung nicht besucht. Kenne also die Einberufer nicht. Ebensoviele die Triebfeder ihres Handelns. Aber ihre Parole habe ich vernommen und diese nicht ganz neue Parole verdient es, unter die Lupe der Kritik genommen zu werden.

»Fort mit der Frau aus dem Büro! Ihr Platz ist in der Küche!« lautet euer Rezept. Ich verstehe eure Stimmung, ich weiß ihr leidet schwer unter der Arbeitslosigkeit, ihr habet das Verlangen, euch endlich einmal satt zu essen. Warum aber wendet ihr euch in die entgegengesetzte Richtung? Gegen den Freund, anstatt gegen den Feind? Warum wollt ihr das Brot, das man euch vorenthält, ausgerechnet jenen wegnehmen, die es ach, so karg bemessen erhalten, die es gerade so erarbeiten müssen, wie ihr es getan, als ihr noch im Betrieb standet? Warum wollt ihr die reichen Diebe ungeschoren lassen und die armen Bestohlenen noch ärmer machen? Ist es euch denn unbekannt, daß die Frauen vom Kapitalismus noch brutaler ausgebeutet werden als die männlichen Kollegen? Es ist also keineswegs Vergnügen am Ausgebeuteten, was die Frau in die Stickluft der Fabrik und des Büros treibt, sondern der eherner wirtschaftliche Zwang, oder mit anderen Worten, der Kapitalismus, der das Einkommen des Mannes derart schmälert, daß Frau und Kinder sich ihm ebenfalls, und zwar billiger, verdingen müssen.

Und schließlich: die Frau ist gleichberechtigt. Will es wenigstens sein. Darf man ihr nun auf irgend einem Gebiete verwehren, mit dem Manne in Kon-

nachfolgen würde. Ja man muß es schließlich rückhaltlos aussprechen, daß unsere Partei bei der österreichischen Arbeiterschaft weder Vertrauen genießt noch ernst genommen wird. Im Gegenteil, die Tatsache ist die, daß der österreichische Arbeiter sogar der politischen Selbstverständlichkeit zu mißtrauen beginnt, wenn die KPOe sie propagiert... Beginnt unsere Partei dieser Art nicht ein Hindernis der Linksentwicklung der österreichischen Arbeiterschaft zu werden, statt sie zu fördern? Steht unserer Partei nicht den Sympathien des österreichischen Proletariats zu Sowjetrußland im Wege, statt die Brücke zwischen beiden zu schaffen? ... Es ist notwendig auszusprechen, daß auch die Politik der letzten Monate in keiner Art und Weise imstande war uns einen guten Ruf bei der Arbeiterschaft zu verschaffen.

Ueber die Zeit nach dem 15. Juli sagte Stalin, der jetzt mit Bucharin die Komintern führt, am 1. August wörtlich: »Ist etwa die Tatsache, daß sie es verstanden hat... sich die Sympathien der Arbeitermassen zu erobern (!), spricht etwa diese Tatsache nicht dafür, daß die KPOe wächst (!) und sich in eine Massenpartei (!) verwandelt? Wie kann man diese offensichtlichen Tatsachen (!!!) bestreiten?!«

Nun, Genosse Stalin, diese »Tatsachen« kann man bestreiten, wenn man in Oesterreich lebt und handgreiflich, Tag für Tag, aus allernächster Nähe mit der Nase darauf stößt, daß das Gegenteil von ihren Behauptungen Tatsache ist.

Die richtige Antwort, Genosse Stalin, hat Ihnen Ihr Unterschabe! Schönfelder auf der Wiener Stadtkonferenz am 22. und 23. Oktober gegeben. »Die Partei hat organisatorisch am 15. Juli versagt... Der Standard der zahlenden Mitglieder in Wien beträgt ca. 1400, Katastermitglieder 3057! Die Spaltungsmethoden des Stalinismus haben die kleine KP vollständig zerschlagen. Die Reaktion rüstet fieberhaft, die KP ist ohnmächtig. Wehe denen, die die Verantwortung dafür vor der Geschichte und vor der revolutionären Arbeiterschaft Oesterreichs tragen.«

Der Verbandstag der Metallarbeiter.

Der Verbandstag war eine Enttäuschung für jeden revolutionären Metallarbeiter. Es blieb alles beim alten. Keine Spur von Erkenntnis der Fehler der Vergangenheit. Tiefer Pessimismus durchzieht die Reden aller Referenten und Diskussionsredner. Die Wirkungen des 15. Juli liegen wie ein Alp auf der Tagung, der durch den Mund Otto Bauers der offene Rechtskurs der SP aufgetischt wurde. Der Vorstandsbericht bemüht sich über die Rückschläge und Mißerfolge des Verbandes hinwegzutäuschen. Domes gab offen zu, daß die Verbandsleitung den Unternehmern nach dem Metallarbeiterstreik 1924 erklärte: »Wir wollen keinen Sieg... wir sind in den Kampf zur Verteidigung des Organisationsrecht getreten.« Das heißt praktisch, die Verbandsleitung will jeden ersten Kampf, der geeignet wäre den Widerstand der Unternehmer zu brechen, anständige Löhne und Arbeitsbedingungen zu erzielen, mit Rücksicht auf die kleinbürgerlichen Schichten der SP ausweichen. Domes vertröstet die Metallarbeiter auf eine Entwicklung, die die Rationalisie-

kurrenz zu treten? Der Umsturz hat uns die politische Gleichstellung der Frau gebracht. Verteidigen wir doch dieses winzige Stück Fortschritt und erkämpfen wir unseren Schicksalsgenossen auch die wirtschaftliche Gleichstellung. Nicht bloß aus Solidaritätsgründen. Kuch im eigenen Interesse und im Interesse der ganzen Klasse. Denn: um unseren Todfeind, den Kapitalismus, zu beseitigen, bedürfen wir der Unterstützung aller Unterdrückten, nicht zuletzt natürlich der unterdrückten Frau.

Was ist also zu tun? Wenden wir uns nicht gegen unser eigen Fleisch und Blut, gegen unsere Klassen-genossinnen, sondern gegen jene, die unser aller Leiden verursachen: gegen die Profitmacher und ihre offenen und geheimen Stützen. Kämpfen wir nicht gegeneinander, sondern miteinander! Miteinander, damit wir leichter die Herren, die uns den Brotkorb immer höher hängen, zwingen können, den Arbeitern und Angestellten mehr Lohn, den Frauen gleichen Lohn wie den Männern, den Erwerbslosen eine Arbeitsmöglichkeit zu geben.

»Mehr Lohn« bedeutet: Verzicht des Mannes auf den Verdienst der Frau, daher Erwerbsmöglichkeit für Arbeitslose. »Mehr Lohn« bedeutet ferner: Steigerung der Kaufkraft der Massen, daher größerer Absatz und wieder Erwerbsmöglichkeit für Arbeitslose. »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« und »Arbeit den Arbeitslosen« bedeuten: Verhinderung der Unterbietung (»Schmutzkonkurrenz«) durch die Frauen und Arbeitslosen, Hebung des Kampfnutes der im Betrieb Stehenden und in weiterer Folge, Hebung des Lebensstandards aller Arbeiter und Angestellten.

Dies und nur dies ist der richtige Weg aus der Not. Und der erste Schritt: Anschluß an die revolutionäre Partei, an die K. P. Oe. (Opposition).

Ein arbeitsloser Angestellter.

runge vielleicht bringen wird, »die unseren Interessen mehr entspricht.« Deshalb meint er, müsse man die Folgen der Rationalisierung prüfen und zu ihnen Stellung nehmen. Hueber teilt der Tagung kommentarlos mit, daß 50 Prozent der Arbeitslosen durch die Rationalisierung überhaupt keine Aussicht haben, wieder »in den Arbeitsprozeß« eingestellt zu werden. »Wäre diese Folge der Rationalisierung nicht schon lange zur Prüfung und Stellungnahme reif? Darüber hat Domes und Hueber geschwiegen. So werden sie zu allen Folgen der Rationalisierung schweigen, sich von Zeit zu Zeit damit begnügen, sie festzustellen und moralische Betrachtungen über die Unmoralität des Kapitalismus anstellen. Statt Kampfmaßnahmen, die geeignet wären, das Uebel der Arbeitslosigkeit bei der Wurzel zu fassen, den Kampf um Arbeit und Brot aufzunehmen, begnügt sich der Verbandstag mit Sameriterdienst und erhöhte die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung.

Bittere Klagen führen alle Delegierten über die Macht der Unternehmer, die sich über alle sozialpolitischen Rechte der Arbeiter hinwegsetzen. Der Grazer Sekretär Florian Ring sagt: »Die politischen Behörden tun nichts, um sie zu bestrafen. Wir erstatten wohl die Anzeigen, die Behörden rühren sich aber meist nicht und die Strafen sind so gering, daß sie die Unternehmer nicht abschrecken, sondern geradezu anfeuern, die Gesetze zu übertreten.« Was wir Kommunisten immer sagten. Die Gesetze gelten nur so lange, als hinter ihnen die revolutionäre Kraft der Arbeiterschaft steht. Domes und Genossen haben alles getan, um die revolutionäre Kraft der Arbeiterschaft zu brechen, die Arbeiter für den Wiederaufbau des Kapitalismus zu gewinnen.

1918—1920 waren es die Gewerkschaftsführer, die die Forderungen der Arbeiter mit dem Hinweis auf die schlechte Lage der Industrie bremsen und auf den Wiederaufbau des Kapitalismus vertrösteten. Heute sind es dieselben »Führer«, die über die Macht der Unternehmer jammern, die den Arbeitern das Koalitionsrecht rauben wollen.

Umso aktiver war die Verbandsleitung gegen die oppositionellen Metallarbeiter. Pilz, der Obmann der Kupferschmiede, wurde wegen Unterzeichnung eines Flugblattes, das zur internationalen Gewerkschaftseinheit aufforderte, ausgeschlossen. Die Verbandsleitung kündigte an, auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß einen Antrag einzubringen, wonach alle Mitglieder, die bei Arbeiterkammerwahlen auf anderen Listen gegen die freigewerkschaftliche Liste kandidieren, aus den Gewerkschaften auszuschließen sind. Dieses Vorhaben ist ein Attentat auf die demokratischen Rechte der Gewerkschaftsmitglieder. Die Verbandsleitung macht keinen Hehl daraus, daß der Metallarbeiterverband aufs engste mit der sozialdemokratischen Partei verbunden ist. Folglich muß den Mitgliedern, die einer anderen proletarischen Partei angehören, das Recht eingeräumt werden, ihre politische Ueberzeugung durch die Aufstellung eigener Kandidaten zum Ausdruck zu bringen. Besteht man aber auf einheitliche freigewerkschaftliche Listen, so muß man die Mitglieder der anderen proletarischen Parteien, entsprechend ihrer Stärke (Proporz), durch Urabstimmung in der Mitgliedschaft, bei der Aufstellung der Kandidatenliste berücksichtigen.

Die Hauptlehre des Verbandstages ist: Verlaßt euch nicht auf die kleinbürgerlichen Reformisten vom Schlage Domes usw., vertraut auf eure eigene Kraft, bildet eine revolutionäre Opposition innerhalb des Verbandes, deren Ausgangspunkt und Ziel, die Umwandlung des Metallarbeiterverbandes in eine revolutionäre Kampforganisation sein soll.

Gruppenanzeiger.

Margareten: Gasthaus Papier, Kohlgasse 4, jeden Freitag halb 8 Uhr abends.

Meidling: Gasthaus Kirchner, Rosaliengasse 11, jeden Freitag halb 8 Uhr abends.

Ottakring: Gasthaus Fanowitsch, Koppstraße 47, jeden Freitag halb 8 Uhr abends.

Hernals — Währing: Gasthaus Weckele, Hormayrgasse 48, jeden Dienstag halb 8 Uhr abends.

Brigittenau: Gasthaus Bauer, Ecke Engerth- u. Pilachgasse, jeden Donnerstag halb 8 Uhr abends.

Floridsdorf — Stadlau: Gasthaus Mayerhofer, Bahnsteggasse 2, jeden Freitag halb 8 Uhr abends.

Ab 1. Dezember erscheint die »Arbeiterstimme« als Wochenblatt!

Soeben erschienen:

„Die Plattform der russischen Opposition“

72 Seiten stark, broschiert. Preis S 1.—.

Bestellungen sind zu richten an die Administration der »Arbeiterstimme«, Wien, XVI., Sautergasse 26/10.

Eigentümer: Kommunistische Partei Österreichs (Opposition) Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 286 Verantwortlicher Redakteur: Kurt Landau, XVIII., Vincenzgasse 24 Druck: Buch- u. Kunstdruckerei »Donau«, Wien, III., Custozgasse 8